

## Positionspapier

### „Moscheebauten und Integration von Moslems“

Selbstverständlich steht das Grundrecht der Religionsfreiheit auch Moslems zu. Wenn man damit Ansprüche begründen will und sich Konflikte mit der deutschen Bevölkerung ergeben, bedarf es aber einer genauen Prüfung, was überhaupt zur Religionsfreiheit gehört und welche Grenzen ihr gesetzt sind. Hierzu sagt das Bundesverfassungsgericht:

**Auf die Glaubensfreiheit kann sich nicht berufen, wer die Schranken übertritt, die die allgemeine Wertordnung des Grundgesetzes errichtet hat.**

**Nicht geschützt sind deshalb Verhaltensweisen, die das friedliche Zusammenleben der Menschen stören, in die Grundrechte anderer eingreifen oder im Widerspruch zu der freiheitlich, demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland stehen.**

**Zur Glaubensfreiheit gehört lediglich die Ausübung der Religion, nicht aber das islamische Gesetz (Scharia). Erst recht, sind nicht türkische oder arabische Sitten und Gebräuche dadurch geschützt oder gar wirtschaftliche Tätigkeiten, die in Moscheen oder Islamzentren ausgeübt werden sollen.**

**Repräsentative Moscheebauten sind laut Bundesinnenminister Schäuble „sichtbares Zeichen der Integration des Islam in die deutsche Gesellschaft“.**

**Die Positionierung der REPUBLICANER hierzu ist folgende:**

Moscheen mit Minarett(en) sind deutliche Zeichen von kultureller Landnahme einer dem deutschen Kulturraum **wesensfremden Religion**.

- Moscheen dienen als gesellschaftliches Zentrum von Muslimen nicht der Integration in die deutsche Gesellschaft, sondern bilden eine unabhängige Infrastruktur neben der deutschen (Mehrheits-) Gesellschaft. **Läden**, Sport- und **Kulturzentren** werden in der Regel kaum von **Nichtmuslimen**, sondern nahezu ausschließlich von der jeweils vorherrschenden Bevölkerungsgruppe genutzt (meist türkisch oder arabisch).
- Der oft **vermeintlich** als positiv hervorgehobene Deutschunterricht in Moscheen (sogar für Frauen) könnte integrationsförderlicher in anderen Institutionen, wie z.B. Volkshochschulen, erteilt werden.
- Die Wirkung deutlich erkennbarer (und hörbarer) Moscheen führt zu Segregationsbewegungen (Wegzug der Urbevölkerung bei gleichzeitigem Zuzug von muslimischen Einwanderern).

Ergebnis dieser **stetigen** Entwicklung ist **zwangsläufig** das Entstehen von Ghettostrukturen.

Ähnliches gilt aber bereits für islamische Zentren (also ohne Kuppel und Minarette) in Wohngebieten, da die ausgehenden Wirkungen, wie Lärmbelästigungen, Parkplatzkonkurrenzen und das zahlreiche Auftreten fremdartiger verschleierter Personen, die Wohnqualität für die angestammte Bevölkerung schwinden lassen.

Wir fordern daher aus den bereits genannten Gründen:

**keine Neubauten oder Umnutzungen von bestehenden Gebäuden zu Islamzentren und Moscheen in Wohngebieten.**

- Gebetsräume sind nur in Außenbezirken zuzulassen und durch die Sicherheitsbehörden zu überwachen.
- Nachhaltige Hetze gegen die *Freiheitlich, Demokratische Grundordnung* muß zur **unverzüglichen** Schließung einer solchen Einrichtung führen, ebenso intensive Verstöße gegen die übrige deutsche Rechtsordnung.

**ES IST NICHT SACHE DER DEUTSCHEN, KORAN AUSLEGUNG ZU BETREIBEN, SONDERN UNSERE AUFGABE IST ES, KLARE GRENZEN FÜR DEN IMPORT NICHT GEWOLLTER SITTEN UND GEBRÄUCHE ZU SETZEN.**

Integration kann aus Sicht der REPUBLIKANER nur durch Anpassung derjenigen gelingen, die dauerhaft - und letztlich mit gleichen Rechten - bei uns **und** mit uns leben wollen.

Wir erteilen einer vorausseilenden Unterwerfung der Urbevölkerung unter die Sitten und Gebräuche der Neuankömmlinge eine **KLARE ABSAGE** (z. B. kein Schweinefleisch in Gemeinschaftsverpflegungen / Verzicht von Weihnachtsfeiern in Kindergärten und Schulen).

- Integration ist eine **unwiderrufliche** Bringschuld der Einwanderer, soweit sie mehr als einen befristeten Gaststatus anstreben.
- Kenntnis der deutschen Sprache ist eine **Grundvoraussetzung** für Integration, aber nicht die Einzige.

Spätestens die dritte Generation muß sich ohne Wenn und Aber **d e u t s c h** fühlen, so wie dies bei deutschen Auswanderern entsprechend der Fall ist (Enkel von deutschen Auswanderern in die USA werden sich in der Regel als Amerikaner bezeichnen).

Muttersprachlicher Unterricht ist integrationshemmend und nur für Kinder mit absehbar befristetem Aufenthalt (z. B. Kinder von Diplomaten) sinnvoll.

**Eine langfristig konfliktarme Gesellschaft werden wir nur erreichen, wenn wir **alle** bereit sind, unsere Werte und Traditionen **kompromisslos** zu verteidigen. **Neuankömmlinge haben das Recht, sich anzupassen oder letztlich die Heimreise anzutreten!****

**Wer nicht für seinen Platz in der Gesellschaft kämpft, wird untergehen.**

**M. O. Enderes**  
***Stadtverordnetenfraktion - Wiesbaden***  
**Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden (Rathaus)**  
**Zimmer 306 und 307**  
**Tel.: 0611 / 31 31 16; FAX: 0611 / 31 59 25**

**Haymo Hoch**  
**Landesvorsitzender Hessen**